

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig
Redaktion: Auer Verlag, Leipzig
Druck: Auer Verlag, Leipzig

Angabe des Preises für den Abnehmer
Preis für den Abnehmer
Preis für den Abnehmer

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 167

Donnerstag, den 20. Juli 1922

17. Jahrgang

Deutschlands „verschuldetes Versagen“.

Boile vier Wochen hat das Garantiekomitee in Berlin gefessen, um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu prüfen. In diesen vier Wochen hat die Reichsregierung, die mit innerpolitischen Sorgen über alle Maßen heimgesucht war, zahllose Besprechungen und Verhandlungen mit diesem Komitee abgehalten, und vor allem Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat ihm auf alle seine zahllosen Fragen Rede und Antwort gestanden. Nun ist das Garantiekomitee nach Paris zurückgekehrt, um dem Reparationsausschuß über seine Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung Bericht zu erstatten. Von diesem Berichte wird für die nächste Zukunft Deutschlands unendlich viel, wenn nicht alles, abhängen.

In der französischen Presse, die bekanntlich das Gras wachsen hört, war in den letzten Tagen mehrfach zu lesen, daß das Garantiekomitee ein verschuldetes Versagen Deutschlands feststellen werde. Hier ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch in Frankreich hat man einsehen gelernt, daß die Dinge nicht so weiter gehen können, wie bisher. Diese Einsicht war bis vor etwa acht Tagen sogar so weit gekommen, daß selbst die kommunistische Presse sich des Ernstes der Lage bewußt geworden war und es offen aus sprach, daß Deutschlands Ruin auch den finanziellen Ruin Frankreichs notwendig nach sich ziehen müsse. Selbst der Temps hat aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr gemacht und war offen für einen Zahlungsausfall und die große internationale Krise eingetreten. Nun aber hat sich offenbar ein Wind Poinecares hin, das Blättchen wieder gewendet. Es ist das alte taktische Spiel, das er jedesmal von neuem herberholt, wenn der Schrei nach Befriedigung der weltwirtschaftlichen Not so stark wird, daß ihm Erfüllung winkt. Dann steht jedesmal Poinecare seine machtpolitischen Sonderpläne gefährdet und verfährt es meisterhaft, gegen die bessere Einsicht der übrigen Entente-regierungen und wohl auch gegen seine eigene bessere Überzeugung die Stimmung zu trüben und jede Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen zu unterwühlen. Diese gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen.

Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen.

Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen.

Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen. Die gefährliche Taktik Poinecares hat diesmal noch keine besonderen Ueberraschungen zu verzeichnen.

ten, daß die französische Politik, die sich unter allen Umständen den Weg zu Sanktionen oder sonstigen Strafmaßnahmen offen halten will, den Sieg davonträgt wird.

Auf einem anderen Blatte, freilich steht es welche Bedingungen uns gestellt werden, falls ein Moratorium bewilligt wird. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist es, daß das Garantiekomitee vor seiner Abreise ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem es als Ergebnis der Beratungen eine Reihe von Forderungen aufstellt. Das Gerücht, daß sich unter diesen Forderungen die Vandalische Ueberlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmen befindet, ist inzwischen zwar dementiert. Nicht dementiert aber ist eine andere Bedingung, der zufolge das Garantiekomitee fordert, daß Vorlagen auf Neuausgaben, die der Reichstag zu bewilligen hat, ihm selbst gleichzeitig mit dem Reichsrat zugehen sollen. In England, dem Lande des ausgeprägtesten Parlamentarismus, wird diese Forderung zweifellos auf Verständnis stoßen; denn dort hat nur die Regierung, nicht das Parlament, das Recht zur Bewilligung neuer Ausgaben. In Deutschland aber, wo dem Parlament dieses Recht zusteht, bedeutet dieses Verlangen der Garantiekommision einen unerträglichen Eingriff in die Finanzhoheit. Von den weiteren Forderungen des Garantiekomitees bjm. der Reparationskommission wird man wohl bald hören, wenn das Komitee seinen Bericht erstattet hat. Daß sich darunter auch die Forderung auf eine energische Bekämpfung der Kapitalflucht befindet, ist bekannt. Dagegen hat gewiß in Deutschland selbst niemand etwas einzuwenden. Im Gegenteil wird man mit großem Interesse seinen Vorschlägen entgegensehen, nachdem die besten Kräfte in Deutschland sich längst darüber klar geworden sind, daß ohne die Mittel des Auslandes hier alle Mittel versagen müssen.

Nachklänge der innerpolitischen Krise.

Gestern, am Mittwoch, waren Vertreter der drei Reichsorganisationen der Deutschen Demokratischen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in kleinstem Kreise versammelt, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft aller der verfassungstreuen Mitte zu schaffen sei, die jedoch weder die Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen aufgeben, noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen solle. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft wird vielmehr dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und nach innen steifer und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet; sie sollen demnächst fortgesetzt werden. — Die Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei veröffentlichen gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Abund eine Kundgebung zur Einheitsfront der Arbeiterschaft, die sich in den vergangenen kritischen Tagen angebahnt habe und nun dauernd, geschlossen und stärker werden müsse bis zur unausschließlichen Vereinigung des gesamten Proletariats. In der Kundgebung wird darüber gesagt, daß nicht alles erreicht worden sei, was die sozialistischen Parteien angestrebt hätten, aber die Auflösung des Reichstages hätte nicht durchgeführt werden können, weil sie Verhinderung der Gesetzgebung zum Schutze der Republik, Verschärfung der außenpolitischen Krise, Erschwerung der dringendsten Aufgaben der Reparationsfrage, Verschärfung der wirtschaftlichen Not, Beschleunigung des Sturzes der Mark und die Arbeiterschaft schädigende Preissteigerungen zur Folge gehabt haben würde. Mit diesen Darlegungen ist die von den beiden anderen Regierungsparteien innegehaltene Taktik ungewollt gerechtfertigt. Wenn die Kundgebung mit den höchsten Worten schließt, daß nur die Einigkeit der Arbeiterklasse die Republik den besten Kampfzwecken für die Durchsetzung des Sozialismus zu sichern vermöge, so kann man solche Agitationsstücke ruhig auf sich berufen lassen.

Der Auswärtige Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat gestern vormittag zu einer Sitzung zusammen. An sich mit den Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Garantiekomitee zu beschäftigen. Fast alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren erschienen. Auch der Reichsagspräsident Döbe, der nicht zu den Ausschußmitgliedern gehört, wohnte der Sitzung bei. Den Vorsitz führte der Abg. Dr. Stresemann. Vom Reichskabinett waren neben dem Reichskanzler Dr.

Wirth der Reichsminister Bauer, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Finanzminister Hermes, und ferner vom Auswärtigen Amt der Staatssekretär Dr. Hanke anwesend. Auch eine sehr große Zahl der Vertreter der einzelnen Länder, die dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages angehören, nahmen teil. Besonders bemerkt wurde, daß der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer zu dieser Sitzung erschienen war.

Der Ausschuß nahm zunächst den Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Hermes über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee entgegen, vertagte dann aber die Ausfertigung darüber bis zur nächsten Sitzung am Freitag, um den gedruckten Bericht über diese Verhandlungen in Händen zu haben.

Die Hilfe für die Presse.

In der letzten Sitzung des Reichstages ist das Gesetz über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse in dritter Lesung angenommen worden. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, auf Grund von Selbstkostenermittlungen die Preise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier zu bestimmen. Es wird ferner eine Rückvergütung gebildet, in diese fließen die Erträge aus einer halbprozentigen Abgabe bei Verkäufen von Holz durch die Nutzungsberechtigten im Walde und einer Abgabe von einem und einem halben Tausend des Wertes der gesamten Ausführung. Die Rückvergütung soll gestaffelt nach der Menge des Papierverbrauches erfolgen, wobei das zum Abdruck von Inseraten verwandte Papier nicht in Ansatz gebracht wird. In Ausführungsbestimmungen soll das Nähere festgelegt werden. Das Gesetz ist bis zum 31. März 1924 befristet.

Von maßgebender Stelle wird uns hierzu mitgeteilt: Das nunmehr angenommene Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse hat leider eine Gestalt bekommen, durch die die so notwendige und sofortige ausgiebige Hilfe zur Verringerung der Not der Presse nicht gebracht werden kann, wie auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt bei der gestrigen zweiten Lesung des Gesetzes im Anfang seiner Ausführungen betonte, wobei er gleichzeitig zum Ausdruck brachte, daß er über das finanzielle Ergebnis wenig erfreut und erbaunt sei. Es ist bedauerlich, daß der Reichsrat der Eingabe des Vereins deutscher Zeitungsverleger, die Abgabe auf die Ausführung auf ein halbes vom Hundert zu erhöhen, nicht stattgegeben hat. Das ein solcher Satz für die gesamte Anstalt erträglich ist, dafür kann als Beweis angeführt werden, daß man bisher einen Teil der deutschen Anstalten, nämlich die Papier- und Papierzeugnisse mit dem Reichsrat einer solchen Abgabe befreit hat. Bei Annahme dieses Antrages wäre eine rasche und wirklich wirksame Hilfe für die Presse erreicht worden. Bedauerlich ist es auch, daß man entgegen der Meinung derselben Organisation in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen hat, die nach langjährigen Erfahrungen praktisch eine gerechte Verteilung des materiellen Ergebnisses des Gesetzes unmöglich machen. Aufgabe der Zeitungsverleger-Organisation muß es sein, schnellst Ergänzungsanträge zu dem Gesetz einzubringen, die die Erhaltung der Presse wirklich ermöglichen, und zu den Ausführungsbestimmungen Stellung zu nehmen, damit das Wenige, was erreicht ist, wenigstens zweckentsprechende Verwendung findet.

Der Reichsfrauenauschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Schwerin.

Von Martha Dönhoff, M. d. L.

Die Tagung am 14. und 15. ds. Mts. stand unter dem Druck der politischen Gesamtlage, die auch die Absicht des Vorsitzenden des Parteivorstandes Abg. Erlesner veranlaßte, an den Verhandlungen teilzunehmen. Aber der Arbeitseifer und das Interesse an den Einzelfragen wurde nicht gelähmt durch Krisenstimmung. Denn in den Teilnehmerinnen war das Bewußtsein lebendig, daß die Förderung der Frauenarbeit in der Partei dem Ganzen dient; der alles beherrschenden vaterländischen Aufgabe, die Demokratie zu stärken und damit der Republik Sicherheit und der Verfassung Geltungsmöglichkeit zu erringen. Aus 27 Wahlkreisen waren die offiziellen Hauptberatersfrauen mit 3. T. zahlreichen Mitarbeiterinnen erschienen.

Über das erste Hauptthema: Der demokratische Gedanke als außenpolitische Macht — sprach Frau Dorthea von Belsen-Berlin. Sie ging aus von der Feststellung, daß die ursprüngliche demokratische Veranlagung des deutschen Volkes in seiner neuen Entwicklung stark abgelehnt ist durch die vorwiegend wirtschaftliche oder rein wissenschaftliche Einstellung seiner führenden Kreise. Das hemmt den Einfluß der demokratischen Idee im heutigen Deutschland und erklärt das Mißtrauen, das das Ausland seiner demokratischen Entwicklung entgegenbringt. Es ist daher Pflicht der Demokraten, für die Verbreitung von Kenntnissen über die freihetliche Geschichte Deutschlands bei uns und im Ausland zu sorgen; dazu gehört eine Neubildung des Geschichtsunterrichts in der Schule, der auf historische Wahrheit, auf eine kulturelle und völkerverständliche Darstellung in ganz anderen Maße einge-